

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



100 Jahre nach der Hyperinflation – Lehren für die Gegenwart

Im November 1923 startete die erste Phase der Währungsreform: Aus einer Billion Mark wurde eine Rentenmark – deren Kurs dann analog zu dem der Mark von 1914 wieder bei 4,2 zu einem US-Dollar lag.

Die Reparationen an die Siegermächte aus dem berühmten Versailler Vertrag betrugen nach dem ersten Weltkrieg 132 Milliarden. Schon kurz nach der Niederlage brach die Inflation offen aus. 1919/20 noch langsam – doch schon 1921 galoppierend und unerbittlich im November 1923, vor ganz genau 100 Jahren.

Die Schwindsucht der Währung löste erheblichen Stress bei breiten Bevölkerungsschichten aus. Eine Epidemie aus Angst um das nackte Überleben griff um sich. In den Großstädten und hier insbesondere in Berlin hungerte das Volk. Die Ungewissheit über das Morgen, die Haltlosigkeit von Ersparnissen, Renten und Pensionen entwurzelte auf breiter Front die Massen. Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit stiegen rasant, Verwahrlosung und Schmutz griffen um sich.

Ganz schlecht erging es allen, die auf öffentliche Zahlungen angewiesen waren: Rentner, die Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung hatten; und auch Beamte gehörten zu den Verlierern die „Teuerungszulagen“ für ihre

Gehälter konnten nicht mehr mithalten.

Wenn die politischen Fehlentscheidungen der letzten 30 Jahre an den Punkt führen, an dem Energiekosten, Coronakosten, Immigrationskosten und Kriegsbeteiligungskosten über Steuern und letztlich auch über ‚konventionelle‘ Neuverschuldung nicht mehr bezahlt werden können, dann wird derselbe Effekt wie 1919 bis 1923 auch das Deutschland gut 100 Jahre an den Punkt führen, an dem der Staat seinen Verpflichtungen nur noch mit Geld aus der Druckerpresse nachkommen kann. Diese ist heute zwar digital und damit viel effizienter – aber die Mechanismen, die das üble Spiel gegen die Menschen begrenzen, gelten auch heute noch. Entgegen allen hartnäckigen Mythen kann sich niemand reich drucken.

Die AfD-Bundestagsfraktion bringt daher regelmäßig Anträge zur Bekämpfung der heutigen Euro-Inflation (DS [20/273](#), [20/1034](#), [20/3491](#), [20/3538](#), [20/3945](#)) ein.

Die Vollversion finden Sie hier: <https://www.pboehringer.de/100-jahre-nach-der-hyperinflation-ursachen-der-extremteuerung-1923-und-lehren-fuer-die-gegenwart>

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung



pboehringer



peter.boehringer@bundestag.de



www.pboehringer.de



pboehringer_mdb



PeterBoehringer



pboehringer



Peter.BoehringerCom



pboehringer



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Energiewende zum Nachteil der Bürger

Die Inflationsrate lag im Oktober 2023 offiziell nur noch bei +3,8 Prozent und hat damit den niedrigsten Stand seit August 2021 erreicht. Das klingt zwar schön, ist in Wahrheit aber nur ein trügerischer statistischer Wert. Wie es wirklich aussieht, können wir jeden Tag an der Supermarktkasse sehen. Die Lebensmittelpreise haben sich in den vergangenen zwei Jahren um durchschnittlich mehr als 27 Prozent verteuert. Einzelne Lebensmittel sogar um mehr als 90 Prozent.

Verantwortlich dafür ist vor allem die ideologisch getriebene und falsche Energie- und Klimaschutzpolitik der Bundesregierung. Vor Kurzem wurde beispielsweise beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Gas, die CO₂-Steuer und die LKW-Maut nochmal kräftig zu erhöhen. Damit kommt es zwangsläufig zu weiteren Preisanstiegen bei allen Produkten. Und dass, obwohl die meisten Mitbürger schon heute gezwungen sind, sogar bei Lebensmitteln zu sparen. Das darf so nicht weitergehen!

Besonders erschreckend fand ich auch, dass für Siedlung und Verkehr und den Ausbau von Wind- und Sonnenkraftwerken bis zum Jahr 2030 mindestens 600.000 Hektar Landwirtschaftsfläche benötigt werden. Das entspricht ungefähr dreimal der Fläche des Saarlands.

Wir haben es hier mit einer hochsubventionierten Landschaftszerstörung zu tun, die gegenüber künftigen Generationen absolut unverantwortlich ist. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen unsere Kulturlandschaft und die wertvollen Agrarflächen vor einer weiteren Verbauung schützen.

Erste Kontinentalismus-Konferenz im Deutschen Bundestag

Hat Europa noch eine Zukunft? Die Antwort lautet: Ja, unter einer Bedingung. Sie muss zu ihren konservativen Wurzeln zurückkehren und ein Europa der Vaterländer werden.

Die EU auf einen patriotischen und freiheitlichen Kurs bringen, Brüssels Skandale aufdecken, konservative Positionen im EU-Parlament wieder stark machen, Frieden mit Russland schaffen – die Fürsprecher eines konservativen Europa haben sich viel vorgenommen. Zumindest an fachlicher Expertise und guten Ideen mangelt es nicht, so viel steht seit der AfD-Konferenz zum Europäischen Kontinentalismus Mitte Oktober fest. Als Gastgeber und Moderator lud der Außenpolitische Sprecher der AfD, Petr Bystron, hochkarätige Experten aus Österreich, der Schweiz, den USA und Serbien ein, um mit dem Status quo der EU abzurechnen. Sachkundig und schonungslos berichten die von der Transformation der EU in einen Spielball der USA, woker Ideologen und internationaler Geschäftemacher. Das Video der Konferenz können Sie [hier](#) in voller Länge anschauen. Es lohnt sich! Während die etablierten Parteien der Selbstermächtigung der Brüsseler Kommissare seit Jahrzehnten freudig bis tatenlos zusehen, bleibt die Forderung der AfD unmissverständlich: Im Zentrum demokratischer Herrschaft müssen die nationale Souveränität und

der Respekt vor den gewachsenen Kulturen des Kontinents stehen. Dass diese Souveränität durch die EU und ihre nicht gewählten Spitzenpolitiker immer wieder mit Füßen getreten wird, ist kein Geheimnis. Und dass die heutige EU dezidiert transatlantisch ausgerichtet ist, ebenfalls nicht. Besonders der Ukraine-Konflikt habe gezeigt, dass die EU endgültig von einem ehemaligen Friedensbündnis zu einem Instrument US-amerikanischer Geopolitik verkommen ist. Es wird also höchste Zeit, ein Signal an alle konservativen Kräfte in Europa auszusenden: Es geht auch anders! Laut Bystron brauche es nichts weniger als einen „neuen Entwurf für eine europäische politische Identität“. Diese Identität müsse als „Gegenentwurf zum Transatlantismus“ auf der einen, und zu einer „Dugin’schen Vision eines Euro-Asiens“ auf der anderen Seite verstanden werden. Das erklärte Ziel: Ein freies und selbstbestimmtes Europa, das als mächtige Kraft für Frieden und Wohlstand in der Welt agieren kann. Welche Tragweite diese Vision hat, spürten auch die zahlreichen Gäste der Konferenz. Der Auftakt ist nun gemacht. Und für die nächste Konferenz hat sich bereits ein Star-Gast bei der AfD-Fraktion angekündigt: Pierre de Gaulle – der Enkel des ehemaligen französischen Präsidenten!

Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



[/bystronpetr](https://www.facebook.com/bystronpetr)



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher**

 /sichertmartin

 /martinsichert

 /martinsichertinfo

 /MartinSichertMdB

 /Martin_Sichert

 martin.sichert@bundestag.de

Wir brauchen einen Corona-Untersuchungsausschuss im Bundestag!

Zwei Tage lang sorgte das 2. Corona-Symposium der AfD-Bundestagsfraktion für Aufsehen: Es leitete eine längst überfällige Aufarbeitung der willkürlichen Corona-Politik ein. Große Namen wie Prof. Dr. Bhakdi, Prof. Dr. Homburg, Prof. Dr. Sönnichsen, Dr. Frank, Datenanalyst Tom Lausen, Prof. Dr. Cullen oder der Pathologe Prof. Dr. Lang brachten mit ihren Fachvorträgen Licht ins Dunkel der Jahre seit 2020.

Unsere Fraktion wird die gewonnenen Erkenntnisse für die parlamentarische Arbeit nutzen, zum Beispiel als Basis für Anfragen und Anträge. Aber die Vorträge und deren Dokumentation sind auch als Rechtsmittel ausgesprochen wertvoll, denn jeder Rechtsanwalt, der etwa mit einem Verfahren zu Impfschäden oder zur Duldungspflicht bei der Bundeswehr befasst ist, kann es sich ansehen und vor Gericht verwenden.

Prof. Bhakdi hat beispielsweise hervorragend erklärt, dass DNA-Verunreinigungen bei den mRNA-"Impfstoffen" besonders gefährlich sind, weil die DNA dort auch von Lipid-Nanopartikeln umschlossen ist. Das sorgt dafür, dass DNA leicht in die menschlichen Zellen eindringen kann und Menschen dadurch dauerhaft krank werden. An anderer Stelle wurde dargestellt, dass das Verfahren zur Herstellung der mRNA, das in den Zulassungsstudien angewandt

wurde, ein komplett anderes war als dann später in der Massenproduktion erfolgte.

Wir werden erneut einen Corona-Untersuchungsausschuss im Bundestag einfordern – so, wie es ihn im Brandenburger Landtag bereits gibt. Es muss aufgearbeitet werden, wie es zu solch massiven Grundrechtseinschränkungen, zu solch massiver Nötigung zur Teilnahme an einem medizinischen Experiment und solch einem Versagen von Justiz und Medien kommen konnte. Damit so etwas nie wieder passieren kann, muss die Vergangenheit schonungslos aufgearbeitet werden.

Dass in der Diskussion ist, dass die WHO mit ihrem Pandemievertrag entscheiden kann, was eine Pandemie ist, welche Staaten sie betrifft und welche Maßnahmen diese zu ergreifen haben, setzt dem Ganzen die Krone auf. Denn das bedeutet einen massiven Verlust an Souveränität, wenn künftig in New York entschieden wird, wen die Menschen Ostern oder Weihnachten noch treffen dürfen. Dazu darf es nicht kommen. Wir werden uns deutlich gegen eine Machtausweitung der WHO stellen.

60 Milliarden weg – Ampel-Lebenslügen brechen auf!

Jetzt ist der Lack endgültig ab bei der Ampel. Übertüncht hatte er den Graben zwischen der Scheinsolidität der FDP („Keine Steuererhöhungen“) und dem Klima-Fanatismus der Grünen. Bei der Regierungsbildung Anfang 2022 hielt man sich wohl für genial und glaubte, gewissermaßen einen Tresor aufbrechen zu können: Von der Ausgabenorgie der „Corona-Rettung“ waren noch knapp 100 Milliarden Euro übrig, in Form einer Verschuldungs-Erlaubnis (Kreditermächtigung). 60 Mrd. davon kamen in den Geldspeicher für die grünen Ideologienprojekte, den Klima- und Transformationsfonds (KTF).

die FDP macht wieder den Bückling. Jetzt will man die „Schuldenbremse“ des Grundgesetzes für 2023 nachträglich aufheben, zu Lasten kommender Generationen. Auch sonst zahlt der deutsche Bürger die Zeche, ebenso die deutschen Unternehmen. Eine drastische Mehrwertsteuererhöhung auf Speisen in Restaurants kommt; Strom- und Gaspreisbremse sollen wohl früher enden. Die Ampel nimmt skrupellos in Kauf, dass die Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe schnellen. Die politische Zwickmühle bleibt aber: Wenn die FDP das noch länger mitmacht, ist sie politisch tot. Wenn sie es nicht mitmacht, ist die Ampel politisch tot.

Auch Koalitions-Lebenslügen haben aber kurze Beine: Genau für dieses Manöver zückte das Bundesverfassungsgericht die Rote Karte. Die 60 Mrd. aus dem KTF sind weg, und nicht nur die: Mit demselben Trick hatte man über den „Wirtschaftsstabilisierungsfonds“ (WSF) gegen die Energiepreisexplosion ankämpfen wollen – statt mehr Energie zur Verfügung zu stellen. Das Karlsruher Urteil betrifft nach allgemeiner Lesart auch diesen: Doppel-Pleite statt Doppel-Wumms!

Wir in der AfD-Fraktion legen den Finger in die Wunde und setzen uns für eine vernünftige Politik ein, die die Lebensqualität der Bürger erhält und nachfolgenden Generationen finanzielle Spielräume erhält. Statt ständig neuer Belastungen für Bürger und Unternehmen muss bei den Ideologienprojekten der Rotstift angesetzt werden! Die Politik muss den Menschen dienen, nicht umgekehrt. So wie jetzt geht es nicht mehr weiter. Deutschland ist kein Selbstbedienungsladen für linksgrüne Ideologen. Eine Regierung, die das nicht versteht, muss zurücktreten!

Und nun? Die linksgrünen Ideologen wollen natürlich weitermachen, und

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /RainerKraftAfD

 /dr.rainer.kraft

Realistische Wasserstofflogistik

Auf die geringe energetische Dichte von Wasserstoff pro Volumen ist schon in jedem chemischen Lehrbuch ausreichend hingewiesen worden. Es ist dieser volumetrische Umstand, der es verteuert, Energie in Form von Wasserstoff von A nach B zu transportieren. Egal ob mit Tanker, per Pipeline oder als LKW-Anhänger. Auch spielt es keine Rolle, ob der Wasserstoff kryogenisch flüssig, gasförmig unter hohem Druck, an flüssige organische Wasserstoffträger (LOHC) gebunden oder als Ammoniak transportiert wird.

In einer globalen Wasserstoffwirtschaft würden also diejenigen Nationen einen Vorteil haben, die zum einen eine kontinuierliche Erzeugung bewerkstelligen und dazu noch die Wasserstofflogistik am besten meistern. Ersteres, das haben wir schon beleuchtet, wird dadurch gelöst, dass man mit Kernkraft kontinuierlich große Strommengen erzeugt, die relativ preiswert H_2 -Elektrolyseure betreiben können. Wie aber wird dann der Wasserstoff am effizientesten transportiert? Antwort: per Stromleitung.

Realisiert man, dass Wasserstoff als Energiespeicher fungiert kommt man schnell zum Schluß, dass die gesamte Logistikkette entfallen kann, wenn man die Energie als Strom übermittelt, bevor man stofflich Wasserstoff geringer

Energiedichte physisch bewegt. Soll der Wasserstoff dazu dienen in einem Industrieprozess physisch eingesetzt zu werden (z.B. chemische Industrie) so ist die effiziente Lösung vor Ort, am letzten Meter, einen exakt auf den Bedarf abgestimmten Hydrolyseur zu haben der nur das produziert was gebraucht wird. Die Energie wird per Stromkabel dorthin geliefert.

Diese Überlegungen dienen nicht dazu, als AfD eine Wasserstoffwirtschaft zu fordern. Sie zeigen aber auf, dass die Phantasien unseres Wirtschaftsministers, für 20 Mrd. € ein Wasserstoffnetz zu bauen ein Irrweg sind. Denn Nationen, die viel preiswerten Strom haben und diesen zu jeder Tageszeit verteilen können hätten in solch einer Wirtschaft unschlagbare Wettbewerbsvorteile und die Wertschöpfung findet auch noch im eigenen Land statt. Fazit: Die grüne Wasserstoffwirtschaft ist ein volkswirtschaftlicher Irrsinn.



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- **Verteidigungsausschuss**
- **Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung**
- **Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik**
- **NATO Parlamentarische Versammlung**



/GeroldOttenAfD



@gerold_otten



/gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de



/t.me/MdB_Otten

Covid-19-Impfpflicht für Soldaten endlich abschaffen

In unserer Bundeswehr dienen Männer und Frauen, die tagtäglich bereit sind, im Ernstfall im Dienst an der Nation ihr Leben zu geben. Dafür verdienen sie höchsten Respekt und einen Dienstherrn, der sorgfältig und ausgewogen die individuellen Freiheitsrechte jedes einzelnen Soldaten mit der kollektiven Verantwortung für die Gesundheit der Truppe als Ganzes abwägt. Nicht so der Bundesminister der Verteidigung. Pistorius hält es trotz der vorliegenden Expertise in Bundeswehrkrankenhäusern, wissenschaftlichen Instituten und Sanitätsakademien nicht für notwendig, bundeswehreigene Analysen einer weiteren Notwendigkeit von Covid-19-Impfungen in den Streitkräften vorzunehmen. Erst kürzlich betonte der Minister, sich bei der angeblich stattfindenden permanenten Evaluierung der Nutzen-Risiko-Bewertung einzig und allein auf Erkenntnisse aus dem Gesundheitsministerium und der einschlägigen Institute wie RKI (Robert-Koch) und PEI (Paul-Ehrlich) zu verlassen. Damit bewegt Pistorius sich in krassem Widerspruch zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 07. Juli 2022. Das Urteil verpflichtet die Bundeswehr ausdrücklich, die Abwägung der von einzelnen Krankheitserregern ausgehenden Gefahren für die Truppe und der Risiken von Impfnebenwirkungen für die Soldaten auf der Grundlage bundeswehreigener Kapazitäten vorzunehmen. Während in Deutschland zu keinem Zeitpunkt eine

allgemeine Covid-19-Impfpflicht eingeführt wurde und die einrichtungsbezogene Impfpflicht Ende 2022 ausgelaufen ist, hält das Verteidigungsministerium auch angesichts bekannt gewordener - teilweise folgeschwerer - Nebenwirkungen der Covid-Impfstoffe weiter an der Corona-Impfpflicht als Teil des Basisimpfschemas fest. Gegen Bundeswehrangehörige, die die Impfung verweigern, verhängt der Dienstherr Strafen wegen Befehlsverweigerung und zieht gegen die eigenen Leute vor Gericht. In einem kürzlich vom Amtsgericht Bad Kissingen entschiedenen Fall wurde ein in Bayern stationierter Soldat vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung freigesprochen, weil das Gericht ein Festhalten an der Pflichtimpfung im Hinblick auf sinkende Corona-Fallzahlen und Impfnebenwirkungen für unverhältnismäßig hielt. Schon seit ihrer Einführung kämpfe ich als Verteidigungspolitiker gegen die Duldungspflicht von Covid-19-Impfungen bei der Bundeswehr, weil unsere Soldaten bei berechtigten Bedenken gegen die Impfung einem unverhältnismäßigen Druck durch drohende Sanktionen ausgesetzt sind. Soldatinnen und Soldaten, die sich dem Dienst für Sicherheit und Freiheit Deutschlands verschrieben haben, müssen darauf vertrauen dürfen, dass auch ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung über den eigenen Körper abwägend und verantwortlich handelnd respektiert wird.

Union wirkt bei Parallelgesellschaften wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen

Dass es in Deutschland weite Teile der muslimischen Migranten gibt, die mit Deutschland (Schimpfwort: du Alman) nichts zu tun haben wollen, wenn es nicht gerade um Transferleistungen geht, wissen wir alle. Früher hatten auch CDU/CSU einmal einen ganz guten Riecher dafür. Doch dann hat die „Epochenkanzlerin“ Merkel bekanntlich 2015 alle Tore geöffnet und es hieß: Wir schaffen das. Jetzt, da sich Moslems bundesweit unter der gemeinsamen Klammer des Israelhasses in Massen versammeln und kleine Häufchen der Polizei geradezu vom Ernst der Lage überrumpelt werden, will man in der Union harte Opposition spielen. Dass die Ampel in kompletter Schockstarre und Negierung verharret, soll als Selbstverständlichkeit hier kein Thema sein.

Aber die ehemals konservative Union reichte in der letzten Sitzungswoche ziemlich hoppla-di-hopp zwei Gesetzesentwürfe zur Strafbarkeit bei antisemitischer Betätigung sowie zur Ausbürgerung und Abschiebung ein. Hört sich toll an, ist aber bei genauer Betrachtung ein Zwergenaufstand. Ausbürgerung ginge nur bei Doppelstaatlern, Einbürgerung wird bei „offenkundigem“ Antisemitismus verwehrt. Wer wird dies kontrollieren? Oder gar hinterfragen wenn getäuscht wird? Auch die Volksverhetzung bzw. Landfriedensbruch bei antisemitischer Betäti-

gung liest sich vielleicht gut. Aber diese Paragraphen werden damit nur noch umfangreicher, die effektive Verfolgung damit keinen Deut besser.

Um es auf die Spitze zu treiben, hat die Union parallel unseren AfD-Antrag für effektive Bekämpfung von Antisemitismus im Innenausschuss blockiert. Dieser wäre nämlich entgegen den beiden Gesetzesentwürfen bereits fertig zu verabschieden gewesen. Man wollte einfach nicht den Beweis live ablaufen lassen, dass wir wieder einmal schneller waren. Dass wir Strafverschärfungen und den Kampf gegen Parallelgesellschaften schon seit 6 Jahren im Bundestag fordern, sei da einmal dahingestellt. In meiner Rede zu dem Thema am 17.11. habe ich ebenfalls betont, dass die Einforderung eines Bekenntnisses zum Staat Israel bei der Einbürgerung leider ein absolutes Wunschdenken darstellt, solange sich ein Großteil der (muslimischen) Einwanderer nicht einmal zum deutschen Staat, seiner Kultur und seinen Werten bekennt. Das ist das eigentliche Problem, an dem die Merkel-Union kräftig mitgewerkelt hat.



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Ohne Mampf kein Kampf! – Dramatische Streichung der Verpflegung unserer Truppe stoppen!

Zeitenwende auch im Magen

Das hatte Bundeskanzler Scholz nun mit der Zeitenwende gemeint:

Aus Rind und Lachs sollen Tofu und Soja werden! Statt 100 Milliarden in unsere Truppen zu investieren, wurden nun wieder neue Sparmaßnahmen beschlossen. Dieses Mal geht es an das Herzstück einer jeden gut ausgerüsteten Armee: das Essen! Weil der bisherige Speiseplan vom Verpflegungsamt der Bundeswehr unter anderem als zu teuer und als nicht „nachhaltig“ genug eingestuft wurde, werden kurzerhand mehr als ein Dutzend Gerichte von der Speisekarte gestrichen. Insbesondere viele herzhaftes Rind- und Fischgerichte gehören bald der Vergangenheit an, aber auch einfaches Obst wie Pfirsiche, Kirschen, Aprikosen, Wassermelonen, Erdbeeren, Orangen oder Mandarinen sollen aus der Kantine der Bundeswehr verschwinden.

Normalerweise gibt es pro Tag drei Mahlzeiten, Frühstück, Mittag und Abendbrot. Wer hart arbeitet hat einen gesunden Appetit. Für Vegetarier und gläubige Muslime werden die Gerichte sogar angepasst.

Tofu - Brühe für die Soldaten

Bald darf sich der Soldat nach seinen langen Märschen auf pflanzenbasierte

Ersatzprodukte freuen. Seidentofu-Brühe! Da hüpfte das Herz eines jeden Soldaten doch gleich höher.

Aber mal im Ernst, wie sollen unsere Truppen für junge Männer noch attraktiv sei, wenn nicht einmal mehr die Kantine richtig versorgt wird? Von toxischer Männlichkeit bis hin zu Kampfpanzern für Schwangere. Solange unsere Armee der Spielball linksgrüner Ideologien bleibt, gibt es keine Hoffnung auf echte Veränderungen. Links/Grün und Militär verträgt sich einfach nicht. Da mag Pistorius noch so viel von Kriegstüchtigkeit reden, wie er will...

Vier Tage später kam das Dementi aus dem Verteidigungsministerium: „Abschließende Entscheidungen über eine Neuausrichtung der Verpflegung sind (noch?) nicht getroffen. Soldaten werden auch weiterhin ein umfangreiches Speisenangebot vorfinden.“

Da sind wir weiterhin gespannt, werden uns auch hier planmäßige Fehlentscheidungen im Umgang mit Bundesmitteln präsentiert? Hat die Koalition noch weitere reizvolle Sparmaßnahmen im Köcher? Das macht den Beruf von Menschen, die mit ihrem Leben für unseren Staat eintreten, doch viel interessanter.

Für mich bleibt nur noch ungläubiges Kopfschütteln.

Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

• Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Stellv. Mitglied

• Verteidigungsausschuss

Stellv. Vorsitzender Deutsch-Chinesische Parlamentariergruppe

Forst- und Jagdpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion

✉ peter.felser@bundestag.de

📷 @peter_felser

🐦 @PeterFelser

📺 @peterfelser_mdb

📘 /peterfelserafd

🌐 www.peterfelser.de

Bürgergeld für Einwanderer: Ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die unser Land aufgebaut haben

Die Ampel-Regierung steht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Politik. So stümperhaft und unprofessionell, wie der Haushalt aufgestellt wurde, sind auch die anderen, ideologiegetriebenen Entscheidungen der katastrophalen Regierungszeit der Ampel. Besondere Auswüchse gab es beim Bürgergeld. Dieses wurde in 12 Monaten zwei Mal um jeweils 12% angehoben und hat damit ein Niveau erreicht, von dem Arbeitnehmer und Rentner nur träumen können.

Ich habe unten das Einkommen eines Bürgergeldempfängers verglichen mit dem **durchschnittlichen Einkommen eines Rentners, der 45 Jahre**, also sein ganzes Leben in die Sozialversicherungen eingezahlt hat und 2023 in Rente gegangen ist, beide jeweils Single und alleinlebend in München.

Bis zu 781 Euro pro Monat darf die Miete eines Bürgergeldempfängers in München kosten, in Ausnahmefällen auch mehr. Dies ist ein Extrembeispiel. Wohnt der Rentner in Berlin oder auf dem Land, zahlt er weniger Miete, aber erst wenn seine Miete unter 647 Euro liegt, steht er sich gleich mit einem Bürgergeldempfänger nach 45 Jahren Arbeitsleben. Während z.B. ein Ukrainer nur hierherkommen muss.

Nicht berücksichtigt habe ich, dass ein Bürgergeldempfänger auch noch Anspruch auf weitere Zahlungen hat, wenn er sich z.B. die Wohnung erstmalig einrichtet oder die Waschmaschine kaputt geht.

Rund die Hälfte der Bürgergeldempfänger sind inzwischen Ausländer. Von der anderen Hälfte haben wiederum ca. 50% Migrationshintergrund. Das ist die Einwanderung in unsere Sozialsysteme, gegen die sich die AfD seit Jahren stemmt. Und wir machen weiter – auch wenn die CDU inzwischen die Hälfte unseres Parteiprogramms abgeschrieben hat. Wir sind das Original und auf uns ist Verlass.

	Rente	Bürgergeld
Rente nach 45 Jahren Arbeit, Bürgergeld	1.543	563
Steuern	-62	0
Anteil Krankenversicherung 7,9%	-122	0
Pflegeversicherung 3,4%	-52	0
Nettorente / Bürgergeld nach Abzügen	1.307	563
Miete für angemessene 50qm-Wohnung München	-781	0
Heiz- und Nebenkosten	-78	0
GEZ-Beitrag	-19	0
Nettobetrag nach Wohnkosten	429	563

Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

✉ gerrit.huy@bundestag.de

🐦 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

📘 [/gerrithuy.afd](https://www.gerrithuy.afd)

🌐 www.gerrithuy.de

📷 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

📧 t.me/gerrithuy

📺 YouTube

🔗 [@gerrithuy](https://www.youtube.com/gerrithuy)

Corona-Untersuchungsausschuss unerwünscht? AfD lädt Fachwelt zum „2. Corona-Symposium“

Gleich in meiner 1. Sitzungswoche im März 2023 trieb mich der Gedanke um: Was kann ich tun, um im Bundestag einen Unterschied zu machen für die von der Altparteien-Politik verratenen und vergessenen Menschen? „Corona-Aufarbeitung“ – die Übeltäter ans Licht zerren, war meine erste Idee.

Ich hatte das Glück, Sebastian Schulze als Mitarbeiter des früheren MdB Udo Hemmelgarn, für mein Team zu gewinnen. Er hatte schon 2020 das 1. Corona-Symposium angestoßen. So war die Idee rasch mit der federführenden Koordination durch Martinichert als gesundheitspolitischem Sprecher und dem AK Gesundheit aufgelegt.

Am 11. und 12. November fanden sich alle großen Koryphäen der Pandemie-Maßnahmen-Kritik im Bundestag ein, zudem 300 Fachleute, Multiplikatoren und Journalisten – ausschließlich alternative. Nur die Berliner Zeitung vertrat den „Mainstream“ – der ARD waren die 300 Meter Anreise aus dem Hauptstadtstudio – bei einem Etat des ÖRR von 10 Milliarden Euro – leider nicht zuzumuten...

Prof. Bhakdi als Star der Tagung belegte, dass die Pharmakonzerne teilweise schon 2019 wussten, dass sie 2020 für eine P[andemie] milliardenfach Impfstoffe herstellen sollten. Entgegen dem synthetischen Verfahren der mRNA-Er-

stellung, das die Notzulassung erhalten hatte, lieferten die Konzerne aber aus Kostengründen vertraglich nicht abgedeckte verunreinigte Impfstoffe, die mittels Plasmiden auf bakterieller Grundlage massenhaft produziert wurden: Die skandalösen Impfstoff-Verträge der EU, ohne bekannte WIRKUNG bzw. NEBENWIRKUNGEN seien demzufolge NICHTIG!

Prof. Homburg und Datenanalyst Tom Lausen widerlegten mit harten Daten das Märchen, es habe jemals eine Überlastung des Gesundheitswesens gegeben – eigentlich das Hauptargument für alle freiheitsberaubenden, verfassungswidrigen Maßnahmen gegen Alte, Angestellte, Selbständige und Kinder! Die Klinikbelegung sank mit Beginn der „Pandemie“ um 16% auf ein historisches Tief!

Doch wer gegen das Panik-Narrativ des politisch-medialen Pharma-Komplexes anging, wurde von Anfang an zensiert. Wer als Arzt Patienten Masken-Atteste ausstellte oder als Richter die Maskenbefreiung von Kindern bestätigte, steht heute vielfach unter drakonischer Strafandrohung vor Gericht bzw. sitzt im Gefängnis. Kriminologe Björn Lars Oberndorf legte den Finger in die Wunde eines Rechtsstaats, den sich offenbar interessierte Kreise zur Beute machen wollen – nicht mit uns!



Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

Facebook [/Dr.Rainer.Rothfuss](https://www.facebook.com/Dr.Rainer.Rothfuss)

www www.rainer-rothfuss.de

Telegram t.me/rainerrothfuss

YouTube [@DrRainerRothfuß](https://www.youtube.com/@DrRainerRothfuß)

Twitter [/DrRothfuss](https://twitter.com/DrRothfuss)

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**